Sonnabend, den 26. Februar.

Thorner  Zeitung.

Nro. 48. | Erscheint täglich Morgens mit Ausnahme des Montags. — Pränumerations-Preis für Einheimische 25 Sgr. — Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 1 Thlr. — **Inserate** werden täglich bis 3 Uhr Nachmittags angenommen und kostet die vierspaltige Zeile gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 1 Sgr. 3 Pf. | 1870.

Tagesbericht vom 25. Februar.

Wien, 23. Febr. Der hiesige nordamerikanische Gesandte Jay gab gestern anläßlich der Geburtsfeier von Washington ein diplomatisches Banket, an welchem der Reichskanzler Graf Beust, sowie die Chefs sämmtlicher hiesiger Gesandschaften theilnahmen. Graf Beust hielt eine Rede, in welcher er unter Anspielung auf die gegen ihn erhobene Beschuldigung, als beabsichtige er, Aenderungen in der inneren Politik eintreten zu lassen, sich gegen solche Vermuthungen verwahrte und die Versicherung abgab, daß er jedenfalls keine Aenderung in den bisherigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und der nordamerikanischen Union wünsche. Der französische Botschafter, Herzog von Gramont, welcher ebenfalls das Wort ergriff, erwähnte der alten Freundschaft zwischen Frankreich und Amerika und betonte den deutlich gekennzeichneten Wunsch seines Souveräns nach der unversehrten Erhaltung dieser Freundschaft. Der Gesandte Jay hat auch einen Toast auf den König Wilhelm von Preußen ausgebracht, welchen der preußische Gesandte v. Schweinitz dankend erwiderte.

Paris, 23. Febr. Gesetzgebender Körper. Interpellation über officielle Candidaturen. Die Minister des Innern und der Justiz erklären, die Regierung werde die strengste Neutralität beobachten, beanspruche aber fortgesetzt das Recht, diejenigen Candidaten zu bezeichnen, welchen sie den Vorzug giebt. Ollivier weist sodann die Angriffe gegen die gesetzmäßige Zusammensetzung und Autorität der gegenwärtigen Kammer zurück. Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

Dresden, 24. Febr. Der König hat den Landtag mit folgender Thronrede geschlossen: Meine Herren Stände! Der dreizehnte ordentliche Landtag geht zu Ende und ich freue mich, es vor Ihnen aussprechen zu können, daß das Resultat desselben, ohnerachtet mancher Schwierigkeiten, als ein befriedigendes zu betrachten ist.

Der Staatshaushalt ist für die gegenwärtige Finanzperiode so geordnet worden, daß den Bedürfnissen der Regierung sowohl, als den billigen Wünschen des Volkes dadurch entsprochen wird. Wenn es einerseits möglich geworden ist, bei dem günstigen Stande der Staatseinnahmen von den Steuerzuschlägen abzusehen, so haben Sie andererseits in dankbar anzuerkennender Weise durch reichliche Bewilligungen für alle öffentlichen Zwecke, sowie für Verbesserung der Lage mehrerer Klassen öffentlicher Diener gesorgt.

Besonders habe ich auch die Bereitwilligkeit dankend anzuerkennen, mit welcher Sie zum Wiederaufbau des Hoftheaters eine namhafte Summe bewilligt und dadurch die Erhaltung eines rühmlich bekannten Kunstinstitus ermöglicht und die Wiederherstellung eines der schönsten Bauwerke aus der Regierungszeit meines seligen Bruders in Aussicht gestellt haben.

Daß auf dem Gebiete der inneren Verwaltung und der damit zusammenhängenden Gesetzgebung Umfassenderes nicht geleistet werden konnte, lag in den Zeitverhältnissen und in den Ihnen bekannten Gründen, welche meine Regierung verhinderten, Ihnen bei Beginn des Landtags deshalb Vorlagen zu machen. Gleichwohl sind mehrere nicht unwichtige Gesetze zur Verabschiedung gelangt, wohin namentlich die Gesetze über die Presse, über die Einführung von Civilstandsregistern für gewisse Fälle, über die Wegebaupflicht, die Sonn-, Buß- und Festtagsfeier, den Wechselproceß und über die Gehaltsverbesserung der Volksschullehrer und deren Emeritirung zu rechnen sind.

Erfreulich ist es mir gewesen, daß über Beibehaltung und Vervollkommnung unseres Immobiliarbrandkasseninstituts eine Vereinbarung gelungen ist und daß Sie meine Regierung ermächtigt haben, für eine größere Anzahl von Eisenbahnlinien die Anwendung des Expropriationsgesetzes auszusprechen, wenn sich Privatunternehmer zu deren Ausführung finden.

Die überaus wichtige und schwierige Frage über die Reform des Systems unserer directen Steuern hat auf diesem Landtage noch keinen endgiltigen Abschluß gefunden. Ich hoffe aber mit Zuversicht, daß dies auf dem nächsten Landtage möglich sein wird, wo Ihnen ein umfassender Reformvorschlag vorgelegt werden soll.

Vielfache Wünsche und Ansichten sind auf diesem Landtage zur Sprache gekommen, die zwar zum großen Theile zu keinem ständischen Antrage geführt haben, deren Berathung aber doch hoffentlich in mehr als einer Beziehung zur Klärung der Ansichten beigetragen hat. Meine Regierung wird die bei diesen Meinungskämpfen hervorgetretenen verschiedenen Ansichten einer sorgsamen Erwägung und Prüfung unterziehen. Insbesondere gedenkt sie, über einige der wichtigsten zur Sprache gekommenen Gegenstände, namentlich die Organisation der Verwaltungsbehörden, der Gemeindeverfassung, sowie der Reformen im Volksschulwesen schon auf dem nächsten Landtage Ihnen mit Vorlagen entgegenzukommen. Sowie sie dabei von dem Grundsatze ausgehen wird, das bewährte Gute nicht ohne genügenden Grund aufzugeben, so wird sie doch auch die auf Verbesserungen hinweisenden Erfahrungen des In- und Auslandes und die veränderten Zeitverhältnisse nicht unbeachtet lassen.

Möge denn der alte sächsische Geist der Besonnenheit und der Treue für das engere wie für das weitere Vaterland, der auch auf diesem Landtage sich nicht unbezeugt gelassen hat, auch ferner mit Gottes Hilfe über Volk und Regierung, sowie namentlich über unseren Verhandlungen walten.

Mit dieser zuversichtlichen Hoffnung entlasse ich Sie aus Ihrem diesmaligen ständischen Wirkungskreise.

Reichstag.

In der 9. Plenarsitzung am 24. d. Mts. kam zunächst die bereits gestern mitgetheilte, vom Abg. Grumbrecht wegen Abänderung des Art. 9 der Bundesverfassung in Betreff des Lootsenwesens gestellte Interpellation des Präsidenten des Bundeskanzleramts, Staatsminister Delbrück zur Beantwortung. Derselbe erklärte, daß der in der vorigen Session angenommene Gesetzentwurf bei mehreren Bundesregierungen auf Widerstand gestoßen habe, da ein eigentliches Interesse an demselben nur die Seehäfen hätten und diese jedenfalls selbst für nothwendig werdende Verbesserungen Sorge tragen würden. Indessen sei noch über die Höhe des materiellen Objekts, um welches es sich hier handle, Auskunft erfordert worden; das Material jedoch noch nicht vollständig eingegangen. Sobald dies geschehen, werde der Bundesrath weitere Beschlüsse fassen. — Damit ist diese Angelegenheit erledigt und wird darauf in die Tagesordnung eingetreten, deren erster Ge-

---

Aus Croatien.

*** **Agram**, im Januar 1870.

(Schluß).

Ein hervorstechender Eindruck, den Agram auf jeden Fremden ausüben wird, ist der seiner auffälligen Sauberkeit und Ordnung auf den Gassen, im Gegensatz zu den größten ungarischen Plätzen, Pest-Ofen selbst nicht ausgenommen. Die Stadt zählt gegenwärtig zwischen 24- und 25,000 Einwohner, hat aber verhältnißmäßig wenig Leben, und in ihr merkt man noch am meisten, wie stagnirend die politischen Verhältnisse der vergangenen Decennien auf das Land gewirkt haben. Der sonst so lebhafte gesellschaftliche Verkehr einer Landeshauptstadt wird hier nicht nur durch den Umstand, daß der größte Theil der Aristokratie fortwährend auf dem Lande wohnt, schon sehr zersplittert, sondern auch durch die leidige Politik in mehrere streng geschiedene Cotterien gesondert. Man hält es hier nicht mit einander vereinbar, sich auf der Rednerbühne als Gegner zu befehden, auf dem Parquet aber als Freund zu begegnen; und während in England z. B. wohl kein Tory sich schämen würde, den soeben noch im Parlament hitzig bekämpften Whig in seinem Hause als Gast zu begrüßen, glaubt hier der „Nationale Croat" es unter seiner Würde, mit einem verhaßten „Magyaronen" eine und dieselbe Gesellschaft zu besuchen.

Auch die Industrie und qualmende Schornsteine sind es, die beide der Stadt noch fehlen. Die Croaten sind an und für sich kein Industrievolk, so wenig wie ihre Vettern, die Magyaren, und was von Industrie im Lande ist, befindet sich in Händen der eingewanderten Deutschen. Zu diesem Umstande gesellte sich bisher noch die Ungewißheit und Regellosigkeit der politischen Zustände im Lande, die Jeden von größeren industriellen Unternehmungen abschreckte, da er nie wissen konnte, ob nicht morgen schon eine neue Regierung die von der vorigen heute gegebene Concession widerrufen oder wenigstens ihm alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg legen werde. Wenn sich jetzt die Verhältnisse eine Reihe von Jahren hindurch consolidiren werden, wie es den Anschein hat, so wird das Land in materieller Beziehung einen großen Aufschwung gewinnen. Das tief gesunkene Vertrauen wird wiederkehren. Das Volk, bisher absichtlich in Dummheit und Unwissenheit erhalten, wird zu größerer Bildung gelangen und damit neue Bedürfnisse empfinden, die ihm bisher unbekannt waren. Der Unternehmungsgeist — der factisch schon jetzt anfängt, sich hier und da zu rühren — wird mehr und mehr geweckt und gefördert werden, und das Alles wird einen wohlthätigen Einfluß auf die Hebung der Industrie wie des Handels im Lande ausüben. Viel erwartet man zu letzterem Zwecke von der Ausführung der directen Eisenbahnlinie nach Fiume, dem ungarischen Zukunftshafen. Man hofft, daß dadurch Agram der Hauptstapelplatz des südlichen Ungarns werde. Ob freilich Fiume je ein solcher Welthafen werden wird, wie man in Pest jetzt träumt, muß die Zukunft lehren. Mir kam es bei meiner Anwesenheit daselbst vor, als sei die ganze Bucht von Fiume zu klein, um auch nur fünfzig große Seeschiffe zu beherbergen; und woher man außerdem das Areal für eine große Hafenstadt mit Docks und Lagermagazinen nehmen will, blieb mir unklar, indem die schroff abfallenden Felsgebirge dort so nahe an die Küste drängen, daß man jetzt schon keinen Platz für einen Bahnhof hat finden können, sondern denselben, mit ungeheurem Kostenaufwand, durch Einschüttungen dem Meere abgewinnen muß. Ganz abgesehen aber auch von dieser Frage, so sucht sich der Handel seine Stapelplätze selbst; man kann ihm keine solche da aufoctroyiren, wo sie ihm nicht gelegen sind. Die am Zusammenflusse der Save und Kulpa, am Knotenpunkte der wichtigen, in Angriff genommenen slavonischen und bosnischen Bahnen und an der directen Fortführung derselben nach Fiume gelegene Stadt Sissek aber scheint mir viel eher, als das abseits gelegene Agram, das Emporium zu sein, wo die reichen Eichenwälder Slavoniens, die fruchtbaren Getreideebenen Bosniens ihre Producte aufhäufen werden, um sie von hier aus nach allen Seiten in gerader Linie auf den europäischen Weltmarkt zu versenden. Aber wenn auch Agram nie ein so wichtiger commercieller Mittelpunkt werden wird, so wird es doch immer der Brennpunkt des croatischen Lebens bleiben. Ein gesundes politisches und geistiges Leben wird sich hier nach und nach entfalten, und auch für den Fremden wird es einen angenehmen Aufenthalt bieten. Croatien liegt an der äußersten Grenze der europäischen Civilisation; es ist daher leicht begreiflich, daß es unter seinen Sitten und Gebräuchen manche giebt, die den übrigen Europäern auffallen und an den nahen Orient erinnern mögen. Dieser Eindruck wurde besonders lebhaft neulich bei der Installationsfeier des neuernannten Banus mit den pomphaften Aufzügen der Magnaten, den bunten Volksfesten und Pöbeltractamenten mittelst Rebensaft und Ochsenvierteln. Dadurch wird aber das Land für den Fremden, der müde der gleichmäßigen französisch-europäischen Civilisationschablone, die er überall findet, auf Reisen gegangen ist, um neue Erscheinungen, einen neuen Zuschnitt des Lebens kennen zu lernen, seinen eigenen Reiz gewinnen, den er nicht durch Entbehrungen und den Mangel an jenen Annehmlichkeiten, die ihm in der Heimath gewohnter Comfort und Sicherheit der Person wie des Eigenthums gewähren, zu erkaufen braucht. Denn daß unter den angegebenen Umständen in dem so dicht bevölkerten Lande jene Unsicherheit, von der im Auslande so entsetzliche Dinge verlauten, eine Fabel ist, ergiebt sich eigentlich schon von selbst und jeder, der aus längerem Aufenthalt das Land kennt, wird es bestätigen.

Es ist in der That sogar zum Bewundern, daß unter den schwankenden und ewig wechselnden Regierungsformen, die in den letzten Decennien so schwer auf dieses arme irregeleitete Volk gedrückt und dasselbe zum Spielball der Machthaber erniedrigt haben, sich doch noch so viel moralische Festigkeit und Ueberzeugungstreue in dem Charakter desselben bewahrt hat, wie es in Wirklichkeit der Fall ist. Der feste Kern, der unleugbar im croatischen Volke vorhanden ist, zeigt sich in dem durch alle Kämpfe und Unterdrückungen niemals gebrochenem Festhalten an seiner slavischen Nationalität. Hier liegt der Punkt, an dem alle Parteien, die jemals im Lande Einfluß erlangt haben, anknüpfen mußten. Die Wiener Camarilla konnte im Jahre 48 zur Ausbeutung ihrer eigenen, selbstsüchtigen Zwecke die Croaten nur unter dem Panier der Nationalitätenfreiheit zum Kampfe gegen die Ungarn aufstacheln. Nur unter dem Vorwande, die croatische Nationalität gegen die Magyarisirung zu schützen, konnte Oesterreich nachher in diesem Lande zwanzig Jahre lang den crassesten Militärabsolutismus aufrecht erhalten; und nur mit denselben Mitteln können heute die reactionären Feinde des österreichisch-ungarischen Dualismus in ihren Umtrieben gegen die von allen wirklich liberalen Parteien des Rei-

genstand die dritte Berathung über den Vertrag mit dem Großherzogthum Baden wegen wechselseitiger Gewährung der Rechtshülfe bildet. — Hierzu beantragen: 1, die Abg. Lasker u. Gen.: „Der Reichstag spricht den unablässigen nationalen Bestrebungen, in denen Regierung und Volk des Großherzogthums Badens vereinigt sind, seine dankende Anerkennung aus. Der Reichstag erkennt in diesen Bestrebungen den lebhaften Ausdruck der nationalen Zusammengehörigkeit und nimmt mit freudiger Genugthuung den möglich ungesäumten Anschluß an den bestehenden Bund als Ziel derselben wahr." — 2. von dem Abg. v. Blanckenburg: „Der Reichstag wolle beschließen, den zweiten Absatz des Antrages Lasker fortzulassen und statt desselben den ersten Absatz hinzuzufügen: „und erkennt in diesen Bestrebungen den lebhaften Ausdruck der nationalen Zusammengehörigkeit." Abg. Lasker begründet in längerer Rede seinen Antrag. Er glaubte, daß die Eröffnungsrede dem Hause das Recht gegeben habe, die deutsche Frage auf die Tagesordnung zu setzen. Er habe wenigstens mit großer Freude denjenigen Abschnitt in derselben begrüßt, in welchem der nationalen Zusammengehörigkeit sämmtlicher deutschen Staaten gedacht worden. Auf diesem Fundamente nationaler Zusammengehörigkeit seien die mit den Süddeutschen Staaten abgeschlossenen Verträge zu Stande gekommen und in dieser Richtung sei Baden immer mit gutem Beispiele vorangegangen. Seit dem Friedensschlusse habe Baden kein Geheimniß daraus gemacht, weder Regierung noch Fürst, daß das unmittelbare Ziel des Strebens darauf gerichtet sei, dem gestifteten Bunde als vollberechtigtes Glied beizutreten. Dieser nationalen Aufgabe seien alle Badischen Staatsmänner von Roggenbach ab stets treu geblieben und daher halte er es für Pflicht dieses Hauses, diesen Männern die volle Anerkennung für ihre echt deutsche Politik auszusprechen. Aber es müße auch ausgesprochen werden, daß die im Jahre 1866 gegen unseren Wunsch geschaffenen Grenzen nicht bleiben bleiben dürfen. Nach seiner Meinung höre Deutschland mit dem Augenblick auf, getheilt zu sein, in welchem der erste Schritt über den Main geschehen; reichen die Grenzen des Bundes erst nach Constanz hin, dann werde auch der Bund aufhören, der „Nordbund" zu heißen, dann sei der Bund Deutschland. In der Bundesverfassung sei bereits festgestellt worden, daß es den Süddeutschen Staaten überlassen bleiben solle, in den Norddeutschen Bund einzutreten. Wenn dies Seitens Badens bisher nicht geschehen, so liege die Schuld nicht an Baden, sondern allem Anscheine nach, ausschließlich an dem Leiter des Bundespräsidiums. Es wäre ihm daher erwünscht, zu erfahren, welche Schwierigkeiten dem Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund entgegenstehen. Redner wendet sich noch zum Schluß gegen den Antrag v. Blanckenburg und bittet um unveränderte Annahme seines Antrages. — Abg. v. Blanckenburg wendet sich gegen den Lasker'schen Antrag, insoweit er auf den Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund Bezug hat, und ist der Meinung, daß Angesichts der politischen Wirren in Baiern ein solcher Eintritt eher zum Schaden, als zum Vortheil der deutschen Einigkeit ausfallen dürfte. Was den ersten Theil des Antrages betreffe, so könne denselben Jeder mit freudige Herzen unterschreiben und er sei gewiß der Erste, welcher die nationale That Badens gern anerkenne, was dagegen die Ausführung des Art. 79 der Bundesverfassung anlange, so könne dieselbe nur von der Krone Preußens ausgehen, niemals aber von den süddeutschen Staaten gefordert werden. Er bittet daher, seinem Antrage zuzustimmen und nicht das Vaterland zu schädigen. — Bundeskanzler Graf Bismarck: „Der Umstand, daß der Antrag von Namen unterzeichnet ist, deren Träger mir ihr Vertrauen öfter ausgesprochen und bewiesen haben, nöthigt mich zu der Erklärung, daß derselbe mich im höchsten Grade überrascht hat und mir, ich kann wohl sagen, **unerwünscht** gekommen ist. Ich bedauere die Tendenz des Antrages aus verschiedenen Gründen. Die badische Regierung ist mit den Intentionen der Preußischen Regierung vollkommen vertraut, und bedurfte es daher eines solchen Antrages nicht. Wäre daher der Antrag nur darauf gerichtet gewesen, der bairischen Regierung das Zeugniß einer wirklich echt deutschen Politik öffentlich auszustellen, so hätte ich nichts dagegen und ich würde ein solches Zeugniß von ganzem Herzen unterschreiben. So wie der Antrag aber vorliegt, muß ich ihn als ein Mißtrauensvotum für meine bisherige deutsche Politik auffassen. Es soll ein Druck auf die Bundesverfassung ausgeübt werden. Dazu kann ich aber die Hand nicht bieten, denn ich will nur den Anschluß der süddeutschen Staaten in voller Freiheit. Ich halte es daher für viel besser, eher noch ein Menschenalter auf die Verwirklichung dieser Idee zu warten, als einen Druck auszuüben, und ich glaube, daß es für uns viel vortheilhafter ist, Baden als vermittelndes Glied im Süden zu belassen, als es in diesem Augenblick aus den süddeutschen Staaten auszuscheiden. Auch bin ich mit dem Abg. v. Blanckenburg der Meinung, daß der Anschluß Badens an den Norddeutschen Bund den deutschen Interessen eher schaden als nützen würde und damit den Gegnern der Einheit Deutschlands in Baiern nur eine neue Waffe in die Hand gegeben würde, die bei den Wahlen nicht unbenutzt bleiben würde. Es ist daher für beide Theile gleich vortheilhaft, wenn der Zeitpunkt des Eintritts Badens in den Norddeutschen Bund von diesem letzteren bestimmt wird, und daß wir bis dahin unser Augenmerk vorzugsweise darauf richten, gemeinsame Institutionen zu schaffen. — Abg. Miquél bedauert die Erklärung des Bundeskanzlers. Sie werde die Feinde Preußens ermuthigen, die Freunde Preußens entmuthigen. Das heiße die deutsche Frage ad calendas graecas vertagen und die bisher von den Hohenzollern verfolgte Politik verlassen. — Abg. Dr. Löwe richtet seine Angriffe gegen die Bundesverfassung, die nicht geeignet sei, über den Main hinüberzugreifen. Bevor man also den zweiten Theil des Antrages Lasker annehme, möge man erst dafür sorgen, daß das Haus, in welches man die neuen Bewohner einladen wolle, wohnbar gemacht würde. Deshalb müsse er sich gegen diesen Theil des Antrages erklären. — Abg. Kantak erklärt, daß die Polen sich bei der Abstimmung über den Antrag der Stimme enthalten würden, weil sie sich als nicht zur deutschen Nation gehörig betrachten. — Abg. Frhr. v. Rabenau verweist darauf, daß es wünschenswerth sei, zunächst Hessen in seiner territorialen Ausdehnung in den Bund aufzunehmen, wie dies ja auch schon in der hessischen Volksvertretung ausgesprochen sei. — Bundeskommissar Leg.-Rath Hoffmann erklärt, daß die hessische Regierung sich durch die Volksvertretung in dieser Beziehung nicht bestimmen lassen werde. — Abg. v. Kardorff giebt Namens seiner Partei die Erklärung ab, daß dieselbe nach der Rede des Bundeskanzlers nicht mehr für den zweiten Theil des Laskerschen Antrages stimmen könne, da derselbe in diesem Antrage ein Mißtrauensvotum erblicke. — Die Diskussion wird darauf geschlossen. Es folgen eine Reihe persönlicher und thatsächlicher Bemerkungen, nach deren Schluß der Abg. Lasker seinen Antrag mit der Erklärung zurückzieht, daß er im Allgemeinen durch die Debatte das erreicht habe, was er zu erreichen gewünscht habe. — Es wird hierauf der Vertrag mit Baden, wie er aus der zweiten Lesung hervorgegangen, ohne weitere Debatte genehmigt und darauf die Sitzung auf morgen Mittag 12 Uhr vertagt. Tagesordnung: Rest der heutigen und der Gesetzentwurf betreffend die Bewilligung von Pensionen an Militärpersonen der früheren Schleswig-Holsteinschen Armee. Schluß 4 Uhr.

---

ches herbeigesehnte Auflösund der Militärgrenze und deren Vereinigung mit Civil-Croatien agiren. Diese Auflösung, früher das Ideal der gesammten sogenannten nationalen Partei, ist jetzt dem Volke verdächtigt worden. Man sagt ihm, die gegenwärtig am Ruder befindliche magyarische Partei, welche die Auflösung fordert, könne doch nichts Gutes mit dem Lande vorhaben und wolle nur eine neue magyarische Provinz aus ihm machen, während in Wahrheit die Militärgrenze das unglückliche Land ist, welches in seiner jetzigen Regierungsform noch die letzte Zufluchtsstätte des Absolutismus bildet und mithin durch die Auflösung des militärischen Regiments diesem ein wesentlicher Stützpunkt im Reiche genommen würde. Mit dem offenen Bekennen dieses Grundes hätte man nun freilich nicht die Sympathien der Bevölkerung gewonnen, und so griff man auch in diesem Falle wieder zu dem oft bewährten Mittel, die nationale Eifersucht aufzuregen. Ungarn — mag den Croaten jeden Wunsch erfüllen, es kann ihnen durch den gegenwärtigen energischen und ehrenfesten Banus eine so ruhige, segenbringende Regierung gewähren, wie das unglückliche Land seit langer Zeit sie nicht mehr kennt, es kann ihnen Eisenbahnen, Canäle und Landstraßen bauen — wird für alle diese Wohltaten nur Undank ernten. Das Bewußtsein des Volkes, einst selbst ein mächtiges Reich gebildet zu haben, während es jetzt nur das Anhängsel eines numerisch viel schwächeren Stammes bilden soll, dies Bewußtsein, welches die inneren wie äußeren Feinde Oesterreich-Ungarns zu schüren nicht unterlassen und nie unterlassen werden, dies vollständig zu ertödten, wird Ungarn lange, lange Zeit brauchen, vielleicht mehr Zeit, als ihm durch die Geschichte dazu vergönnt sein wird. Im Interesse des gesammten Reiches aber kann man nur wünschen, daß man in Pest baldigst einsehen möchte, daß wenn dieses Ziel überhaupt jemals zu erreichen ist, es nur durch ein streng loyales Vorgehen auf Grund des vor zwei Jahren mit Croatien abgeschlossenen Ausgleichs möglich sein wird. Die südslawischen Stämme werden sich nie zu einem bloßen Vasallenstaate oder zu einer abhängigen Provinz des magyarischen Königreiches herabdrücken lassen, sondern werden nur als gleichberechtigtes Brudervolk der ungarischen Nation, willige Vertheidiger und eine kräftige Stütze der allen unter ihr vereinigten Stämme gemeinsamen Stephanskrone sein. —

Deutschland.

Berlin, d. 25. Febr. **Zur Kleinstaaterei.** Ueberraschende Blicke in die Klein- und Vielstaaterei gewährt die Zusammenstellung der thüringischen Civillisten. Weimar zahlt eine Civilliste von 280,000 Thlr. jährlich Coburg-Gotha 156,000 Thlr., Meiningen 154,714 Thlr., Altenburg 168,000 Thlr., Rudolstadt 160,302 Thlr. (im Jahre 1866), Sondershausen 155,120 Thlr., die Fürsten von Reuß-Gera und Reuß-Greiz erhielten sämmtliche Domänen und der letztere außerdem noch eine jährliche Subvention von 40,000 Thlr. Die Erträgnisse der Domänen in Reuß-Gera sollen sich auf 350,000 Thlr., der in Reuß-Greiz auf jährlich 150,000 Thlr. belaufen. Nimmt man für beide Fürsten eine Civilliste von 150,000 Thlr. und eine von 100,000 Thlr. an, so ergiebt sich eine Gesammtsumme der Civillisten sämmtlicher thüringischer Staaten von 1,415,136 Thlr. jährlich. Diese acht Kleinstaaten haben auf 224 Q.-M. 1,047,256 Einwohner. Die Civillisten werden zwar meist aus Dominialmitteln bestritten, allein indirekt fehlen diese Summen doch in den Staatskassen und müssen durch Steuern aufgebracht werden. Durchschnittlich kommt jedem Bewohner Thüringens die Civilliste $1\frac{1}{2}$ Thlr., rechnet man jedoch auf sechs Köpfe einen Steuerzahler, so hat jeder derselben einen Beitrag zur Civilliste von 9 Thlr. jährlich zu zahlen. Wollte man dieses Verhältniß der Einwohnerzahl zur Civilliste auf Preußen übertragen, so müßte der König eine jährliche Civilliste von einigen 30 Millionen erhalten. Dazu kommt noch, daß die Domänen, ob Staatsgut oder ein Privateigenthum der Regenten, nicht veräußert werden; folglich ist dem kleinen Bauer die Möglichkeit genommen, sein Eigenthum, seine Wirthschaft, sein Produciren zu vergrößern; ebenfalls ist dadurch das Wachsen der Steuerquellen gehindert. — Besonders lehrreich für die Partikularisten sind die Budgets dieser Kleinstaaten. Das Ländchen Schwarzburg-Sondershausen mit seinen 66,200 Einwohnern unterhält ein Ministerium, das ihm jährlich 31,995 Thlr. kostet. 5400 Trlr. werden für den Verwaltungsaufwand, wie Papier u. s. w., für vier Landrathsämter 12,030 Thlr., für Wartegelder 8022 und für Pensionen 12,278 Thaler verausgabt.

— **Zum Humboldt-Denkmal** waren bis 18. Febr. 21,436 Thlr. 19 Sgr. 3 Pf. eingegangen.

— **Der Feuerwehr** ist von Ihrer Majestät der Königin Augusta aus Veranlassung der ausgezeichneten Dienste, welche sie in Havelberg geleistet, neben dem Jahresbeitrage noch eine außerordentliche Gabe von 100 Thlr. für ihren Pensionsfond zugegangen.

— **Stimmung zwischen Preußen und Oesterreich.** Manche Symptome lassen den hiesigen Correspondenten der „Hbg. Nachr." auf eine Besserung der Stimmung zwischen den Cabineten von Wien und Berlin schließen. Derselbe fährt dann wörtlich fort: „Der indirecte Krieg durch die Presse schweigt ein germaßen, wenigstens in den officiösen Organen. Der Pariser „Constitutionnel" freilich, dessen Beziehungen zur österreichischen Gesandtschaft in Paris bekannt sind, wollte die Eröffnungsrede zum Reichstage benutzen, um die Stimmung in Frankreich wieder einmal gegen Preußen aufzureizen. Indessen ändern sich die localen Lösungen manchmal weniger schnell, als die centralen Windrichtungen. Man wird gut thun, jenem Auftreten des „Constitutionnel" vorläufig kein Gewicht beizulegen. Es giebt in Berlin sowohl als in Wien politische Persönlichkeiten, denen Nichts wünschenswerther, Nichts verdienstlicher dünkt, als die dauernde Herstellung guter Beziehungen zwischen den beiderseitigen Cabineten. Die unantastbare Bedingung preußischerseits bleibt freilich die dauernd aufrichtige Annahme durch Oesterreich der Resultate des Prager Friedens. Seit 1860 wurde preußischerseits mit großer Anstrengung an einem Einvernehmen mit Oesterreich gearbeitet, dessen Grundlage die preußische Hegemonie in Norddeutschland sein sollte. Graf Bismarck selbst stellte kurz nach seiner Amtsübernahme diese Bedingung noch einmal in peremptorischer Weise dem österreichischen Gesandten. Derselbe Ausgleichungsmodus ist während des Condominates in den Elbherzogthümern zur Sprache gekommen. Die Waffen haben endlich der preußischen Forderung, die so naturgemäß ist als irgend eine, Geltung verschafft. Nun kommt es darauf an, daß Oesterreich verzichtet, den gegenwärtigen Zustand rückgängig zu machen. Die Befürworter eines österreichisch-preußischen Einvernehmens behaupten, daß dasselbe die wahre entscheidende Bedingung des europäischen Friedens sei. Nur auf Grund dieses Einvernehmens könne Oesterreich die Aufgabe lösen, seine Nationalitäten zu befriedigen, und zugleich seinen Reichszusammenhang zu befestigen. Nur unter der Bedingung dieses Einvernehmens könne der Norddeutsche Bund an Verminderung seiner Heereslast denken, und mit derselben das unwiderstehliche Beispiel für Europa geben. Jenes Einvernehmen endlich macht, seinen Befürwortern zufolge, Oesterreich und Deutschland unangreifbar gegen jeden denkbaren Feind und jede denkbare Allianz."

— **Die erste juristische Prüfung** kann fortan, wie die „Köln. Ztg." meldet, bei dem ostpreußischen Tribunal zu Königsberg, dem Kammergerichte in Berlin, den Appellationsgerichten in Greifswald, Breslau, Naumburg, Kiel, Celle, Kassel und Köln abgelegt werden, bei welchen Gerichtshöfen besondere Prüfungscommissionen eingesetzt sind. Die Meldung zu dieser Prüfung ist an den ersten Präsidenten zu richten, und es besteht dieselbe, wie bekannt, aus einer schriftlichen und einer mündlichen. Der Rechtscandidat kann wählen, ob die schriftliche Aufgabe, die er in 6 Wochen zu liefern hat, dem gemeinen Civilrecht, dem deutschen Privatrechte, dem Handels-, Kirchen-, Civilproceß- oder Strafrechte angehören soll, und hat, wenn er eine solche Wahl trifft, dies in dem Meldungsgesuche zu erwähnen.

— **Die Nationalliberalen** haben zu Referenten über das Strafgesetzbuch für ihre Fractionsberathungen die Abgeordneten Lasker und Endemann gewählt.

— **Mr. Burlingame**, der Chef der chinesischen Gesandtschaft, ist, wie dem „Fr.-Bl." nach einer in Grand Hotel de Rome telegraphisch eingetroffenen Nachricht gemeldet wird, am Mittwoch früh in St. Petersburg gestorben.

— **Zur Breslauer Schulangelegenheit** geht der „Schles. Ztg." jetzt folgende offiziöse Mittheilung zu: Die Entscheidung des Königs hatte einen Compromiß vor Augen, bei welchem beide Compromittenten ihren einen Theil ihrer Forderungen freiwillig verzichten, bei welchem also weder von einem Siege, noch von einer Niederlage des einen oder des andern der Compromittenten die Rede sein kann. Die Kgl. Entscheidung beruht darauf, daß

Breslau auf die Forderung verzichte, Lehrer ohne Rücksicht auf ihre Confession anzustellen, die Regierung aber davon absteht, statutarische Bestimmungen vorzuschreiben. Die Forderungen der Abgeordneten vom Februar d. J. sind dabei nicht in Betracht gekommen, wenigstens besteht zwischen dem Erlasse und jenen Forderungen keine Concordanz". Es ist in dieser Angelegenheit offenbar der Fehler begangen worden, daß ein Compromiß durch einen Erlaß bewirkt werden sollte, während er nur aus einer Verständigung beider Theile hervorgehen kann. Die „Bresl. M.-Ztg." sagt neuerdings, da sich die Sache nach dem ministeriellen Erlaß noch schlimmer als vorher gestaltet habe, so werden die städtischen Behörden mit verdoppelter Vorsicht und Behutsamkeit über eine strikte und ehrliche Ausführung ihrer Beschlüsse zu wachen haben.

— Die Schulcommission des Norddeutschen Bundes ist zur Zeit in Berlin zu Conferenzen versammelt. Es hat bekanntlich der Norddeutsche Bund eine Commission eingesetzt, zu welcher die verschiedenen Bundesregierungen Abgeordnete senden und welche die Aufgabe hat, über diejenigen Lehranstalten eine Controle zu führen, welchen die Berechtigung zur Ausstellung von Qualificationszeugnissen für den einjährigen Freiwilligendienst ertheilt worden ist. Wie man erfährt, ist von Seiten Sachsens der Geh. Kirchen- und Schulrath Dr. Gilbert aus Dresden und von Seiten Hessens der Oberstudienrath Dr. Wagner aus Darmstadt hierher gesendet worden. Diese Conferenzen finden bekanntlich unter dem Vorsitz des hiesigen Geh. Oberregierungsraths Dr. Wiese statt.

— Eisenbahnwesen. Daß die oberste Verwaltung des Eisenbahnwesens in Norddeutschland so bald als möglich dem Bunde übertragen, und daß zu diesem Behufe demnächst Anstalt getroffen werden muß, beim Bundeskanzleramte eine besondere Abtheilung für Eisenbahnwesen zu organisiren, darauf ist in jüngster Zeit in der Presse vielfach hingewiesen worden. Wie wir vernehmen, hat der Bundeskanzler dieser Angelegenheit eine ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet, und es wäre dringend zu wünschen, daß der Reichstag noch in dieser Session hieraufbezügliche Anträge an den Bundesrath gelangen läßt, der hier keine Kompetenzbedenken wird vorschützen können, da die Bundesverfassung in ihrem siebenten Abschnitt das Eisenbahnwesen zu einer Bundessache erhoben hat. Das Publikum ist bei dieser Frage übrigens ganz besonders interessirt, da dem Bund nach Art. 44 der Bundesverfassung die Kontrole über das Tarifwesen zusteht. Derselbe — so heißt es in jenem Artikel — wird namentlich dahin wirken, daß baldigst auf den Eisenbahnen im Gebiete des Bundes übereinstimmende Betriebsreglements eingeführt werden, und daß die möglichste Gleichmäßigkeit u. Herabsetzung der Tarife erzielt werden. — Wenn man bedenkt, daß die Bundesverfassung nahezu drei Jahre in Kraft besteht, und daß das oben angezogene Kapitel unzweifelhaft zu den wichtigsten gehört, so fragt man sich erstaunt, warum denn zur Verwirklichung dieser klaren und unzweideutigen Bundesvorschriften noch gar nichts geschehen ist? Hoffen wir, daß das Versäumte so schleunig als möglich nachgeholt wird.

In der That ist auch die Forderung eine sehr gerechte, daß das Interesse der Gesammtheit nicht ferner mehr der Spekulation einzelner Personen nachsteht, und daß, wofür ja unzweifelhaft ein dringendes Bedürfniß vorliegt, man auf den norddeutschen Eisenbahnen weit billiger und bequemer fährt, als dies bisher der Fall ist.

Provinzielles.

Pelplin, 17. Febr. Der heutige „Pielgrzym" theilt seinen Lesern mit, daß aus dem Decanate Schlochau ein Protest gegen die Beschlüsse der Petitionscommission in der Klosterangelegenheit vom Stapel gelassen wird. Genanntes Blatt bemüht sich zu beweisen, daß die Klöster durchaus nothwendig seien und der Menschheit einen unberechenbaren Nutzen eingebracht haben. Am 19. d. Mts. starb hierselbst der Professor am Clerikal-Seminar und Rath im bischöflichen Consistorium, Dr. Franz v. Pawłowski.

— Mewe. Mit Genehmigung der beschöflichen Behörde hat nunmehr Hr. Pfarrer Franzki wegen seiner Amtseinsetzung als Kreisschulinspektor Beschwerde beim Unterrichtsminister eingereicht. Es ist sonach Wunsch des Bischofs, daß die Angelegenheit durch alle Instanzen geht.

Marienburg. Trotz der Behauptungen, die Mennoniten würden sich mit wenigen Ausnahmen dem neuen Militärgesetze gern unterwerfen, und ihrer Waffenpflicht willig genügen, muß es doch befremden, daß hier der Zudrang zur Erlernung der russischen Sprache größer ist denn zuvor, indem sowohl Jünglinge als auch Männer sich dadurch sichtlich zur Auswanderung vorbereiten. In Danzig haben sich dagegen mehrere junge Mennoniten freiwillig zum Militärdienste gemeldet und sind als Schreiber bei den Truppentheilen eingestellt.

Locales.

— **Handwerkerverein.** In der Versammlung am Donnerstag d. 24, theilte Herr Dr. Brohm auf Ersuchen seine bereits im Copernicus-Verein vorgetragene treffliche Skizze über die Lebensverhältnisse des im v. J. verstorbenen Kaufm. Simon Jacob Hepner mit. — Aus dem Fragekasten verdient folgende Frage eine allgemeine thatsächliche Beachtung. Sie lautet: Was ist jetzt Seitens des Vereins geschehen, um den Magistrat zu veranlassen von sämmtlichen Brodherrschaften eine mäßige Abgabe zu erheben, aus welcher etwaige Kosten für in's Krankenhaus aufgenommene Dienstboten bestritten werden können. Von der Ausführung dieses Vorschlages dürfte für die hiesige Krankenhaus-Kasse keine Einbuße zu befürchten sein, da andere Städte, wie Graudenz, Elbing und Danzig bei solchen Einrichtungen nicht zu kurz kommen? — Die Vers. anerkannte zwar an, daß der Handwerkerverein als solcher in der im Verein zum Oefteren besprochenen Sache selbst Nichts thun könne, vielmehr ein Gesuch in dieser Angelegenheit dem Magistrat von den Interessenten selbst zu richten sei, ersuchte aber den Vorstand in der nächsten Vers. den Entwurf eines Gesuchs an den Magistrat vorzulegen. Der Vorstand sagte die Erfüllung dieses Ersuchens zu.

— **Musikalisches.** Herr v. Górski gab am Donnerstag d. 24. im Artushofsaale nach 2 Uhr Mitt. ein Violin-Konzert, welches, namentlich von den durch den polnischen landwirthschaftlichen Kongreß in unsere Stadt geführten Gästen, recht erfreulich besucht war. Ueber den Konzertgeber, welcher Tartini's Sonate (Trill du Diable), eine Serenade von Haydn, eine Menuetto von Mozart, Bach's berühmte Chaconne (ohne Begleitung), ein Larghetto von Mozart und eine Mazurka von Katski vortrug, hat sich zu einer Meisterschaft auf der Violine emporgearbeitet, die ihn berechtigt sich den gegenwärtigen ersten Vertretern dieses Instruments zur Seite zu stellen. Wir fanden die höchst anerkennungsvollen auswärtigen Urtheile über Herrn G., welche wir in Nr. 33 unseren Lesern mitgetheilt haben, vollständig bestätigt, auf die wir nochmals hinweisen, um nicht schon Gesagtes zu wiederholen.

— **Gymnasium.** Der heitre Abend, welchen uns vorgestern die Zöglinge unseres Gymnasiums bereiteten, soll Allen, die dabei mitgewirkt haben, recht freundlich verdankt sein. Die schöne Aula hatte sich mit einer Zuhörerschaft gefüllt, welche — weit anders, als es bei gewöhnlichen Schaustellungen der Fall ist, — durchweg ein familienartiges Gepräge trug. Väter, Mütter, Lehrer, Schwestern, — das war das Auditorium. Der Grundakkord, der in Allen durchklang, war unseres Uhland: „Heilig ist die Jugendzeit!" — Wir wußten Alle daß wir nicht gekommen waren, um künstlerische Prunkleistungen zu hören. Was uns erfreute, war die Wahrnehmung, daß ein Sinn geweckt und gern gesehen wird, für welchen die großen Dichter nicht vergebens gesungen, die Meister der Tonkunst nicht umsonst den Reichthum ihrer Lieder und Harmonieen dargeboten haben. Die Jugend hat zu allen Zeiten neben dem strengen systematischen Lernen, welches unerläßlich und die Hauptsache ist, auch dem eigenen freien Begehren gehuldigt. Worauf sie ihre Muße verwendete, was ihren Genossenschaften Inhalt und Richtung bestimmte, das bekundet gewiß über die in ihr reifgezogenen Früchte meist ein treffenderes Urtheil, als die beabsichtigte und durch Prüfungen nachgewiesene Erudition. In diesem Betracht haben wir der vorgestr. Abendunterhaltung mit besonderem Wohlgefallen beigewohnt. Die ernste Lehre der Wissenschaft wird schwerlich ebenbürtigere Freundinnen finden, als die Kunst, insbesondere die Tonkunst und die Dichtung ihr werden können. Jünglingsherzen, die auf diesen Altären ihre Opfer niederlegen, werden zwischen den Klippen des Pedantismus und der Frivolität meist wohlbehalten hindurch schiffen. Dies sind würdige Nebenbeschäftigungen. Sie erhalten dem Geiste seinen Schwung und spannen ihn von Neuem, wenn die unvermeidliche Mühe des Lernens die Gefahr nahe bringt, die Ziele aus den Augen zu verlieren, zu denen doch zuletzt alles Lernen hinführen soll. Gott erhalte unseren Jünglingen Liebe und Begeisterung für die großen Dichter, die in Worten oder in Tönen gedichtet haben! Er erquicke sie täglich aus dem kastalischen Quell! Er segne unser Gymnasium!

— **Für die Weichselbrücke** hegt man allgemein mit Hinblick auf den bevorstehenden Eisgang große Besorgniß und wünscht, daß die Brücken-Bau-Deputation durch Vorkehrungen die mögliche Gefahr der Brückenbeschädigung durch den Eisgang, etwa durch Eissprengungen vor der Pfahlbrücke beseitige, resp. vermindere. Diesem allgemeinen Wunsche gaben wir in der redaktionellen Note zum Provinzial-Artikel Danzig in No. 46 u. Bl. Ausdruck. Mit Bezug auf dieselbe geht uns folgende Zuschrift von Herrn Stadtbaurath Buchinsky zu, die wir mit ergebenem Danke veröffentlichen. Sie lautet:

Da die Anmerkung der Redaktion in Nr. 46 der Thorner Zeitung, daß es die höchste Zeit sei, auch vor unserer Brücke Eissprengungen vorzunehmen, viele Bewohner der Stadt zu dem Glauben bringen könnte, daß sie einigen Sinn hätte, und daß man nicht die nöthige Sorgfalt, Vorsicht und Gewissenhaftigkeit der Brücke widme, fühle ich mich veranlaßt, zu erklären, daß vorläufig noch nicht die geringste Gefahr vorliegt, daß dieser aber auch nur auf andere Weise vorgebeugt werden kann. Eissprengungen sind bei Stopfungen wohl anwendbar, bei dünnem Eise jedoch vollkommen ohne Sinn, da man nicht einmal weiß, wie man sie ausführen, wohin man die Patrone legen soll, und welchen Zweck die etwa erzeugten kleinen Löcher haben. Ich würde jedoch der Redaktion sehr dankbar sein, wenn sie mich darüber aufklären wollte.

Buchinsky, Stadtbaurath.

— **Rinderpest.** Nach einer Mittheilung des Medicinal-Inspectors in Warschau ist die Rinderpest im Gouvernement Plock vollständig, im Gouvernement Wielce in vier von den inficirten 46 Ortschaften erloschen. Leider hat sich die Seuche im Gouvernement Petrikau von Neuem im Dorfe Klek, Gemeinde Dobra, woselbst 8 Stück Vieh gefallen und 15. Stück getödtet worden, gezeigt. Außerdem ist nach einer anderweiten Mittheilung der Gubernial-Regierung in Warschau die Rinderpest im Warschauer Kreise, im Dorfe Zygmuntowo, Gemeinde Okuniew aufgetreten, dagegen erloschen ebenfalls im Warschauer Kreise, im Dorfe Okunin, Gemeinde Góra, ferner im Kreise Neu-Minsk, im Dorfe Gurow, Gemeinde Kuflew, in der Stadt Karczew und im Dorf Wielgalas Duchnowski, Gemeinde Duchnow, sowie im Kreise Radzymin, in der Stadt Radzymin und in den Dörfern Wioska, Radzyminska und Dybow, Gemeinde Radzymin.

— **Besorgnisse.** Folgende, von hier datirte Notiz finden wir in der „Westpr. Z.": Außer der Gefahr einer Ueberschwemmung der Weichsel, des möglichen Durchbruches der Dämme, der Vernichtung unserer Holzbrücke, steht uns Theurung bevor, weil durch den starken Frost alle in Mieten aufbewahrten Kartoffeln erfroren sind. Allen Denen, die in der Nähe der Weichsel wohnen, oder deren Geschäft durch ruhigen Verlauf des Eisganges bedingt ist, stehen im nächsten Frühjahre möglicherweise üble Ereignisse bevor. In dieser Lage befinden sich beispielsweise mehrere Besitzer in Zlotterie, einer an der Mündung der Drewenz in die Weichsel gelegenen Ortschaft, welche seit Jahren ein einträgliches Geschäft daraus machen, Trafftenholz zum Ueberwintern in der Drewenz zu bergen, und dieses Jahr bei plötzlich eintretenden Hochwasser einen großen Theil der Hölzer zu verlieren fürchten.

— **Literarisches.** Das so eben in Th. Theile's Buchhandlung zu Königsberg erschienene 1. Heft des 7. Bandes der Altpreußischen Monatsschrift (der Neuen Preuß. Provinzial-Blätter 4. Folge) herausgegeben von Rudolf Reicke und Ernst Wichert enthält: Abhandlungen: Die Königsberger Melodienbücher des 18. Jahrhunderts. Von O. Ungewitter. — Alterthümer bei Hohenstein in Ostpreußen. Mitgetheilt von Dr. M. Töppen. — Ein Kloster auf dem Tannenberger Schlachtfelde. Von E. Strehlke. — Kritiken und Referate: G. H. F. Nesselmann, Christian Donalitius' littauische Dichtungen. — Gallandi, Geschichte des Kgl. Preuß. 1. Ostpr. Grenadier-Regiments Nr. 1 Kronprinz. Von K. — Angelica v. Lagerström, Edle Frauen. — Die ersten 16. Jahre des Copernicus-Vereins in Thorn. Rechenschafts-Bericht von Director Dr. A. Prowe. — Die Kgl. Deutsche Gesellschaft von R. — Mittheilungen und Anhang: Urkundenfund. (Handveste von Wysoka in Westpreußen. 1382.) Van Dr. Ketrzynski. — Graf Kanitz †. — Zu dem Pestliner Fund-Bericht. Von R. Bergau. — Geschenke für die Sammlung der Königl. physikal.-ökonom. Gesellschaft zu Königsberg. — Universitäts-Chronik 1870. — Altpreußische Bibliographie 1869. — Periodische Literatur 1869/70. — Nachrichten Anzeigen. —

Bestellungen werden von sämmtlichen Buchhandlungen und Postanstalten angenommen. Der Jahrgang von 8 Heften à 6 Bogen kastet 3 Thlr.

Börsen-Bericht.

Berlin, den 24. Februar. cr.

Fonds:	fest.
Ruff. Banknoten	$74^{3}/_{8}$
Warschau 8 Tage	$74^{1}/_{4}$
Poln. Pfandbriefe 4%	69
Westpreuß. do. 4%	$80^{1}/_{2}$
Posener do. neue 4%	$81^{5}/_{8}$
Amerikaner	$95^{3}/_{8}$
Oesterr. Banknoten	82
Italiener	56
Weizen:	
Februar	55
Roggen:	fest.
loco	$42^{1}/_{2}$
Februar	$42^{3}/_{4}$
April-Mai	$42^{1}/_{4}$
Mai-Juni	$42^{1}/_{2}$
Rüböl:	
loco	$13^{2}/_{3}$
April-Mai	$13^{1}/_{8}$
Spiritus:	preishaltend.
loco	$14^{5}/_{24}$
Februar	$14^{11}/_{24}$
April-Mai	$14^{3}/_{4}$

Getreide- und Geldmarkt.

Thorn, den 25. Februar. (Georg Hirschfeld.)

Thauwetter.

Temperatur: Mittags 12 Uhr 2° Wärme.

Zufuhren waren auch heute sehr unbedeutend, Preise im Ganzen unverändert.

Weizen, unverändert, hellbunt 125 — 126 Pfd. 53—54 Thlr., 130 Pfd 56 Thlr., hochbunt 127 – 130 Pfd. 56 — 57 Thlr. feinste Qualität 1 Thlr. darüber pr. 2125 Pfd.,

Roggen, behauptet 33—36 Thlr. je nach Qualität.

Gerste flau, Brauerwaare bis 33 Thlr., Futterwaare 28—30 Rtl. pro 1800 Pfd.

Hafer, matt 18—20 Thlr. pr. 1250 Pfd.

Erbsen, Futterwaare 35 Thlr., Kochwaare 36—39 Thlr., pr. 2250 Pfd.

Rübkuchen: ohne Nachfrage. beste Qualität $2^{5}/_{12}$ Thlr., polnische $2^{1}/_{6}$ Thlr. pr. 100 Pfd.

Roggenkleie $1^{1}/_{2}$ Thlr. pr. 100 Pfd.

Spiritus pro 100 Qrt. 80% $13^{1}/_{3}$—$13^{2}/_{3}$ Thlr.

Russische Banknoten: $74^{5}/_{8}$ oder der Rubel 24 Sgr. 10 Pf.

Danzig, den 23. Februar. Bahnpreise.

Weizen, matt, bezahlt für rostige und abfallende Güter 112—126 Pfd. von 42—52 Thlr., und feine Qualität wenig oder nicht rostig u. vollkörnig 124—132 Pfd. von 53—58 Thlr. per 2000 Pfund.

Roggen, ruhig 120—25 Pfd. 38—$41^{1}/_{3}$ Thlr. pr. 2000 Pfd.

Erbsen, trockene von 35—$37^{1}/_{2}$ Thlr.

Gerste, kleine und große $33^{1}/_{3}$—37 Thlr. pr. 2000 Pfd.

Hafer von $33^{1}/_{3}$—$34^{2}/_{3}$ Thlr. p. 2000 Pfd.

Spiritus nicht gehandet.

Amtliche Tagesnotizen.

Den 25. Februar. Temperatur: Wärme 3 Grad. Luftdruck 27 Zoll 7 Strich. Wasserstand 3 Fuß 3 Zoll.

Inserate.

Heute früh 5 Uhr entriß der Tod uns auch unsern zweiten geliebten Sohn und Bruder **Victor Herholz**, nach viermonatlichem, schwerem Leiden, im fast vollendeten 20. Lebensjahre.

Thorn, den 25. Februar 1870.

Die tiefbetrübten Eltern und Geschwister.

Die Beerdigung findet Montag Nachmittag 4 Uhr vom Diakonissenhause aus, statt.

Es predigen.

In der altstädtischen evangelischen Kirche.

Am Sonntag Estomihi den 27 Februar.

Vormittag Herr Superintendent Markull.
Militairgottesdienst 12 Uhr Mittags Herr Garnisonprediger Rothe
Nachmittag Herr Pfarrer Gessel.
Freitag den 4. März Herr Superintendent Markull.

In der neustädtischen evangelischen Kirche.

Vormittag Herr Pfarrer Klebs.
Nachmittag Herr Pfarrer Schnibbe.
Dienstag den 1. März Morgens 8 Uhr Herr Pfarrer Klebs.

In der evangelisch-lutherischen Kirche.

Vormittag 9½ Uhr Herr Pastor Rehm.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck.** — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von **Ernst Lambeck.**